

b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?

Zu 22 b:

Für die Vorbereitung sowie für die Tagesordnung war das RAILPOL-Sekretariat (Winterswijk, Niederlanden) zuständig.

c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?

Zu 22c:

Im Vorfeld der Veranstaltung wurden die Tagesordnung, die Teilnehmermeldung sowie Hotelbuchungsunterlagen durch das RAILPOL-Sekretariat verteilt.

d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?

Zu 22 d:

Die Tagesordnungspunkte für die Veranstaltung in London waren:

- Vorstellung der portugiesischen Bahnpolizei
- Präsentation zum Deliktsfeld Buntmetalldiebstahl,
- Ergebnisberichte der RAILPOL-Arbeitsgruppen,
- Strategische Planung,
- Themenschwerpunkte für das Projekt RSA 4.

e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?

Zu 22 e:

Durch die Bundespolizei wurde als Tagesordnungspunkt die Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Bahnbetriebsunfälle und andere Großschadenereignisse“ eingebracht.

f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?

Zu 22 f:

An der Generalversammlung nehmen alle bahnpolizeilichen Mitgliedsorganisationen/-behörden (Österreich, Belgien, Bulgarien, Tschechische Republik, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Litauen, Lettland, Niederlande, Rumänien, Spanien, Schweiz, Großbritannien, Portugal) sowie Vertreter der TSA (USA) und der Amtrak Police (USA) als assoziierte Mitglieder teil.

g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?

Zu 22 g:

Die Behandlung der Inhalte gemäß der Tagesordnung dient dem Informationsaustausch und dem Abgleich von „best practices“ mit dem Ziel, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung auf dem Gebiet der europäischen Eisenbahnen zu erhöhen sowie die Kriminalprävention zu verbessern.

h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?

Zu 22 h:

Auf die Antwort zur Frage 22 e) wird verwiesen.

i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?

Zu 22 i:

Die Bahnpolizei Portugals wurde als neues Mitglied von RAILPOL begrüßt und stellte sich im Kreis der RAILPOL Strategic Conference vor. Alle Mitglieder wurden gebeten, ihre Prioritäten im Rahmen der Zusammenarbeit mit RAILPOL für die nächsten drei Jahre vorzustellen.

j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 22 j:

Auf die Antwort zu Frage 22 g) wird verwiesen.

Die Zusammenkünfte von RAILPOL-Arbeitsgruppen sind in 32 tabellarisch in der Struktur der Fragen 22 a) bis j) dargestellt.

II. AIRPOL:

a) Wo wurden diese abgehalten?

Im ersten Halbjahr 2013 fand eine AIRPOL Veranstaltung in Brüssel, Belgien, statt.

b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?

Für die Organisation der Veranstaltungen war das ständige AIRPOL-Sekretariat der belgischen Bundespolizei zuständig.

c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?

Im Vorfeld der Veranstaltungen wurden Tagesordnungen und Ablaufpläne mit organisatorischen Hinweisen verteilt.

d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?

Die Tagesordnungspunkte für die Veranstaltung in Brüssel waren:

- Technologische und rechtliche Entwicklungen im Bereich der Luftsicherheit,
- Behördenübergreifende Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten,
- Verbesserung und Ausbau der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden an Flughäfen.

e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?

Von Seiten der Bundespolizei wurden keine Themenvorschläge in die Tagesordnung eingebracht.

f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?

Die AIRPOL Initiative richtet sich an europäische Polizei- und Zollbehörden mit Zuständigkeiten im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, Luftsicherheit und Zollvergehen an Flughäfen. Darüber hinaus waren Vertreter der EU-Kommission und Interpol anwesend.

g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?

Die Diskussionen verfolgen allgemein das Ziel, die öffentliche Sicherheit und Ordnung an europäischen Flughäfen im Bereich der zivilen Luftfahrt zu verbessern sowie die

Zusammenarbeit der in diesem Bereich zuständigen und tätigen Sicherheitsbehörden in allgemeinpolizeilichen, zollrechtlichen und grenzpolizeilichen Fragen zu verbessern.

h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?

Vertreter der Bundespolizei haben keine Beiträge eingebracht.

i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?

In Anlehnung an bereits bestehende europäische Netzwerke wie z.B. im bahnpolizeilichen (RAILPOL) und maritimen (AQUAPOL) Bereich soll AIRPOL als Informationsplattform zur polizeilichen Aufgabenwahrnehmung an europäischen Flughäfen dienen.

j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Auf die Antwort zu Frage 22 g) wird verwiesen. Darüber hinaus bestehen mit FRONTEX und ECAC im grenzpolizeilichen und luftsicherheitspolizeilichen Bereich auf europäischer Ebene bereits effektive Institutionen. Die allgemeinpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung liegt im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Länderpolizeien. Die Bundespolizei beteiligt sich daher nur anlass- und themenbezogen an Einzelmaßnahmen im Rahmen von AIRPOL.

Hinsichtlich der Treffen oder sonstigen Zusammenkünfte von **TISPOL** liegen der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2013 keine Angaben vor, die über die auf der Website von TISPOL verfügbaren Informationen hinausgehen. Hier sind u.a. Informationen zum Aktionsplan 2013 sowie zu Treffen und Aktivitäten im ersten Halbjahr 2013 zu finden: (<https://www.tispol.org/system/files/Action%20Plan%202013.pdf>).

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 15 (BT-Drs. 17/12427) verwiesen.

23. Welche gemeinsamen Zolloperationen (JCO), gemeinsame Polizeioperationen (JPO) oder gemeinsame Zoll- und Polizeioperationen (JCPO) haben mit Behörden der EU-Mitgliedstaaten im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden (bitte wie in der Bundestagsdrucksache 17/12427 angeben)?

Zu 23:

Das Zollkriminalamt (ZKA) hat an der Operation "HALYARD" teilgenommen. Diese Operation wurde im Rahmen des irischen Vorsitzes durch die Ratsarbeitsgruppe Zollzusammenarbeit (CCWP) als regionale Maßnahme zur Bekämpfung des Kokain-Schmuggels aus Südamerika und der Karibik über die Azoren bzw. die kanarischen Inseln nach Westeuropa mittels nichtgewerblicher Kleinschiffe und Yachten beschlossen.

- a) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Planung sowie die Organisation zuständig?*

Zu 23 a:

Der irische Revenue Customs Service war für Vorbereitung, Planung und Organisation zuständig.

- b) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Planung sowie die Organisation der Operationen mitbestimmt?*

Zu 23 b:

Das ZKA als einzige teilnehmende deutsche Behörde hat bei der Planung und Organisation nicht mitgewirkt. Die Teilnahme Deutschlands beschränkte sich für die Dauer der Maßnahme in der Einrichtung einer nationalen Koordinierungsstelle (NCP) beim ZKA.

- c) *Welche Rolle übernahmen die EU-Ratsarbeitsgruppen Zollzusammenarbeit (CCWP) bzw. Strafverfolgung (LEWP) für die Vorbereitung der Operationen?*

Zu 23 b:

Es wird auf die Eingangsbemerkung zu Frage 26 verwiesen.

- d) *Wo fanden die Operationen statt?*

Zu 23 d:

Bei der Operation handelt es sich um eine regionale Maßnahme zur Bekämpfung des Kokain-Schmuggels aus Südamerika und der Karibik über die Azoren bzw. die kanarischen Inseln nach Westeuropa.

- e) *Welche Behörden welcher Länder bzw. Einrichtungen oder Einzelpersonen der Europäischen Union oder sonstiger Institutionen nahmen an den Operationen teil?*

Zu 23 e:

Belgien (Belgium Customs Maritime Service), Frankreich (DNRED), Irland (Revenue Customs Service, Irische Marine, Irische Luftwaffe), Niederländische Zollverwaltung, Portugal (AT: Zoll und Abgaben), Spanische Zollverwaltung, Großbritannien (UKBA, Guernsey Border Agency, Ile of Man Customs, Jersey Customs and Immigration, HM Customs Gibraltar), Deutschland (ZKA), EU (OLAF)

- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen des Bundes oder (soweit der Bundesregierung bekannt) Länder nahmen mit welchen Kapazitäten an den Operationen teil?*

Zu 23 f:

Das ZKA nahm mit zwei Arbeitskräften an der Operation teil.

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*

Zu 23 g:

Die Beantwortung der Frage entfällt, da es sich um eine Übung handelte.

- h) *Wie wurden die Operationen finanziert?*

Zu 23 h:

In Deutschland wurde die Maßnahme im Rahmen der täglichen Dienstverrichtung abgewickelt, es erfolgte damit keine Finanzierung durch Dritte.

- i) *Welche konkreten Ergebnisse zeitigten die Operationen?*

Zu 23 i:

Der Abschlussbericht mit den Ergebnissen der Operation liegt noch nicht vor.

- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 23 j:

Die Beantwortung der Frage entfällt, da es sich um eine Übung handelte.

- k) *Inwiefern trifft es zu, dass Überlegungen existieren, die JCO's zukünftig als 'permanente Struktur' zu etablieren?*

Zu 23 k:

Die Frage der Einrichtung einer permanenten Struktur für JCO's und deren mögliche Ausgestaltung wird derzeit im Rahmen der CCWP diskutiert.

24. *Worin bestehen die Aufgabengebiete der „TAXUD Risk Management and Security Unit“, und wer gehört ihr an?*

Zu 24:

Hauptaufgabe des Referates B2 „Risikomanagement und Sicherheit“ der Generaldirektion Steuern und Zollunion (TAXUD) der Europäischen Kommission ist die Umsetzung und Fortentwicklung der Art. 4 ff. der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93. Die Angehörigen des Referates B2 sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europäischen Kommission.

25. *Welche Anstrengungen unternehmen Einrichtungen der Europäischen Union zur Durchführung weiterer Maßnahmen wie die „European Police Force Trainings“ (EUPFT), „European Union Police Services Trainings“ (EUPST) oder die „Europes New Training Initiative for Civilian Crisis Management“ (ENTRI)?*

- a) *Wo wurden bzw. werden derartige Übungen bzw. Konferenzen, Seminare oder andere Ausbildungsformen abgehalten?*
- b) *Welchen Inhalt sollen die jeweiligen Maßnahmen haben?*
- c) *Wer bereitet diese jeweils vor und ist für die Planung sowie die Organisation zuständig?*
- d) *Inwieweit bestimmen Behörden der Bundesregierung die Planung sowie die Organisation der Operationen mit?*
- e) *Welche Rolle übernehmen EU-Ratsarbeitsgruppen für die Vorbereitung der Maßnahmen?*
- f) *Welche Behörden welcher Länder bzw. Einrichtungen oder Einzelpersonen der Europäischen Union oder sonstiger Institutionen nehmen daran teil bzw. beobachteten diese?*
- g) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen des Bundes oder (soweit der Bundesregierung bekannt) Länder nehmen mit welchen Kapazitäten daran teil bzw. beobachteten diese?*
- h) *Wie wurden bzw. werden die Maßnahmen finanziert?*

Zu 25 a bis h:

Hinsichtlich der Fragen 25 a bis h wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 17 a bis h der Bundestagsdrucksache 17/12427 verwiesen.

26. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), an denen Behörden der Bundesregierung teilnahmen, haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

Zu 26:

Die Bundesregierung hält Kontakt zum Büro der Vereinten Nationen für Drogenbekämpfung und Verbrechensverhütung (UNODC) mit Hauptsitz in Wien im Wesentlichen im Rahmen des dortigen Projektengagements und der Fachkonferenzen. Hierzu werden regelmäßige Kontakte auf Arbeitsebene seitens der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen und anderen Internationalen Organisationen in Wien sowie des Auswärtigen Amtes unterhalten. UNODC tauscht sich im Rahmen von Arbeitsgruppensitzungen sowie Veranstaltungen zu Kernthemen der Organisationen (Drogen- und Verbrechensverhütung und -bekämpfung, Terrorismus- und Korruptionsbekämpfung) mit seinen Mitgliedsstaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, aus. Die Einladung hierzu erfolgt in der Regel seitens UNODC, welches auch die Tagesordnung vorschlägt. Die Treffen finden in der Regel in Wien statt. Innerhalb der Bundesregierung stehen insbesondere das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Justiz, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Gesundheit, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Drogenbeauftragte der Bundesregierung mit UNODC in Kontakt. Telefonkonferenzen mit UNODC haben im ersten Halbjahr 2013 nicht stattgefunden.

UNODC ist direkt dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen untergeordnet und versteht sich als weltweit führend im Vorgehen gegen illegale Drogen und internationales Verbrechen. Deutschland war 2012 siebtgrößter Beitragszahler an UNODC. Schwerpunkt des Projektengagements bilden finanzielle Zuwendungen an UNODC zur Erarbeitung und Umsetzung völkerrechtlich verbindlicher Konventionen im Bereich der Verbrechensverhütung und Terrorismusbekämpfung sowie zur Einhaltung und Umsetzung der internationalen Drogenkonventionen.

Mitte März 2013 sind Vertreter der Bundesregierung auf Arbeitsebene anlässlich der Tagung der 56. Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen in Wien mit dem Director of Operations des UNODC, Aldo Lale-Demoz, zu einem Gespräch zusammen gekommen, um sich über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte auszutauschen.

Im Juni 2013 besuchte der UNODC Exekutivdirektor, Juri Fedotov, Berlin und führte Gespräche auf Staatssekretär-Ebene im Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium des Innern sowie mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Die Gespräche hatten einen eher informellen Charakter; eine Tagesordnung hierfür bestand nicht. Schwerpunkt der Gespräche waren das bestehende und geplante Projektengagement sowie die zukünftige Schwerpunktsetzung seitens UNODC.

- a) *Wo wurden diese abgehalten?*
- b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*
- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*
- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/-innen deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 26 a bis j:

Auf die Eingangsbemerkung zu Frage 26 wird verwiesen.

- k) *Inwieweit hat die Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 innerhalb der ‚Working Group on Countering the Use of the Internet for Terrorist Purposes‘ des UNODC mitgearbeitet oder von dieser Berichte erhalten, und welche Details kann sie hierzu mitteilen?*

Zu 26 k:

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen erfolgte im ersten Halbjahr 2013 keine Beteiligung an der Arbeitsgruppe.

- l) *Inwieweit hat die Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 innerhalb der „UNODC Terrorism Prevention Branch“ mitgearbeitet oder von dieser Berichte erhalten, und welche Details kann sie hierzu mitteilen?*

Zu 26 l:

Die Bundesregierung hat im ersten Halbjahr 2013 nicht innerhalb der „UNODC-Terrorism Prevention Branch“ mitgearbeitet oder von dieser Berichte erhalten

- m) *Inwieweit hat die Bundesregierung im ersten Halbjahr 2013 innerhalb der „Counter Terrorism Implementation Task Force“ (CTITF) des UNODC mitgearbeitet oder von dieser Berichte erhalten, und welche Details kann sie hierzu mitteilen?*

Zu 26 m:

Das Mandat der 2005 seitens des Generalsekretariats der Vereinten Nationen gegründeten Counter-Terrorism Implementation Task Force (CTITF) ist die Koordinierung der Anti-Terrorismusanstrengungen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen. UNODC stellt dabei nur eine der 31 Organisationen dar, deren Aktivitäten seitens CTITF koordiniert werden. Die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York steht im regelmäßigen Arbeitskontakt mit CTITF. Berichte werden von CTITF selbst nicht erstellt.

27. *Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der ‚Police Working Group on Terrorism‘ (PWGT) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden (Bundestagsdrucksache 17/13440)?*

- a) *Wo wurden diese abgehalten?*

Zu 27 a:

Die Tagung fand am 20. und 21. Mai 2013 in Tallinn, Estland, statt.

- b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*

Zu 27 b:

Die Tagung wurde durch das Gastgeberland Estland vorbereitet, das auch die Tagesordnung festgelegt hat sowie für die Organisation zuständig war.

- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*

Zu 26 c:

Im Vorfeld der Tagung wurden die jeweils aktuellen Lageberichte der PWGT-Mitgliedstaaten verteilt.

- d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*

Zu 26 d:

Eine Beantwortung dieser Unterfrage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus Gründen der Vertraulichkeit nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „VERSCHLUSSSACHE - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft werden und kann der übermittelten 4 / Antwort zu Frage 27d) entnommen werden.

Die Bundesregierung folgt hierbei der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der bei der Erfüllung der Auskunftspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Parlament unter Geheimhaltungsaspekten wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen mit einbezogen werden können (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]; für die Auskunft im Rahmen eines Untersuchungsausschusses: vgl. BVerfGE 124, 78 [123 f.]). Hierzu zählt auch die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]). Die Einstufung als Verschlussache ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf die notwendige Wahrung der Integrität der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit notwendig. Eine Veröffentlichung steht der vertrauensvollen Zusammenarbeit entgegen und kann diese nachhaltig negativ beeinflussen. Die Beantwortung in der gewählten Form ist dennoch geeignet, das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zu befriedigen.

- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*

Zu 27 e:

Die Mitgliedstaaten wurden im Vorfeld der Tagung um eigene Beiträge gebeten.

- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*

Zu 27 f:

Die Mitgliedstaaten beteiligen sich an der PWGT mit den jeweils dort zuständigen Dienststellen für politisch motivierte Kriminalität. Desweiteren wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 17. April 2013 zu Frage 3a) und 3b) sowie Frage 8 der Kleinen Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/13197) verwiesen.

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*

Zu 27 g:

Es sind keine über die Vortragsinhalte und evtl. Rückfragen hinausgehende Diskussionsinhalte zu den einzelnen Tagesordnungspunkten festzuhalten.

- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*

Zu 27 h:

Ergänzend zum Lagebericht wurde auf die Eröffnung des Prozesses gegen Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hingewiesen. Desweiteren wurde der Sachstand zur technischen Ausrüstung und Funktionalität des Kommunikationssystems im PWGT-Verbund erhoben und dargestellt.

- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*

Zu 27 i:

Um die technische Ausrüstung des Kommunikationssystems zeitgerecht anzupassen, wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe bestehend aus Technikern u. a. aus Deutschland beschlossen.

- l) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 27 j:

Die Beantwortung dieser Teilfrage entfällt, dass es sich nicht vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat.

28. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Gruppe TC LI' des 'European Telecommunications Standards Institute' (ETSI) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

Zu 28:

Im ersten Halbjahr 2013 fanden zwei reguläre Arbeitsgruppentreffen und ein so genanntes Rapporteursmeeting der Gruppe TC LI statt.

a) *Wo wurden diese abgehalten?*

Zu 28 a:

ETSI TC LI tagte im angefragten Zeitraum in Sophia-Antipolis (Frankreich), in München (Deutschland) und in Joensuu (Finnland).

b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*

Zu 28 b:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. Februar 2013 (Bundestagsdrucksache 17/12427) zu Frage 18b der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu „Grenzüberschreitende Kooperation und Projekte europäischer Polizeien im zweiten Halbjahr 2012“ verwiesen.

c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*

Zu 28 c:

Liste der im Vorfeld bzw. während der Sitzungen bereitgestellten Dokumente finden sich in den Anlagen 5 bis 7. Unabhängig davon weist die Bundesregierung darauf hin, dass das parlamentarische Fragerecht keinen Anspruch auf Übersendung von Dokumenten verleiht und die Übersendung im vorliegenden Fall nur aus arbeitsökonomischen Gründen erfolgt.

d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*

Zu 28 d:

Die Tagesordnungen für die Sitzungen befinden sich in den Anlagen 8 bis 10.

e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*

Zu 28 e:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. Februar 2013 (Bundestagsdrucksache 17/12427) zu Frage 18e der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu „Grenzüberschreitende Kooperation und Projekte europäischer Polizeien im zweiten Halbjahr 2012“ verwiesen.

f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*

Zu 28 f:

Zu den unter der Antwort zu Frage 28a benannten Sitzungen waren Teilnehmer folgender Behörden, Einrichtungen oder Firmen angemeldet:

ETSI TC LI#32 in Sophia Antipolis, Frankreich, vom 14. bis 16. Januar 2013:

Alcatel-Lucent (USA), AQSACOM S.A. (Frankreich), AREA Spa (Italien), Bayerisches Landeskriminalamt (Deutschland), Bundesamt für Verfassungsschutz (Deutschland), BT Group Plc (Vereinigtes Königreich), Cadzow Communications Consulting Ltd. (Vereinigtes Königreich), Communications-Electronics Security Group (Vereinigtes Königreich), Finnish Communications Regulatory Authority (Finnland), IAESI (Israel), Joint Research Centre of the European Commission, Koninklijke KPN N.V. (Niederlande), Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Deutschland), Ministère de L'Interieur (Frankreich), Ministère du redressement productif (Frankreich), Ministry of Economic Affairs, Agriculture and Innovation (Niederlande), Ministry of Maritime Affairs, Transport & Infrastructure (Kroatien), National Technical Assistance Centre (Vereinigtes Königreich), Nokia Siemens Networks (Deutschland), OFCOM (CH) (Schweiz), P3 communications GmbH (Deutschland), PIDS (Niederlande), Pine Lawful Interception (Niederlande), Research in Motion UK Limited (Vereinigtes Königreich), Royal Canadian Mounted Police (Kanada), Secrétariat Général de la Défense et de la Sécurité Nationale (SGDSN) (Frankreich), Siemens AG (Deutschland), Softel Systems Pty Ltd (Australien), TELECOM ITALIA S.p.A. (Italien), Telefon AB LM Ericsson (Schweden), Telefonica S.A. (Spanien), TPS (USA), UTIMACO SAFEWARE AG (Deutschland), VODAFONE Group Plc (Vereinigtes Königreich), YAANA Technologies LLC (USA)

ETSI TC LI-Rap#28 in München, Deutschland, vom 22. bis 24. April 2013:

Bayerisches Landeskriminalamt (Deutschland), Bundesamt für Verfassungsschutz (Deutschland), BT Group Plc (Vereinigtes Königreich), HOME OFFICE (Vereinigtes

Königreich), Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Deutschland), National Technical Assistance Centre (Vereinigtes Königreich), PIDS (Niederlande), Pine Lawful Interception (Niederlande), Telefon AB LM Ericsson (Schweden), Telefonica S.A. (Spanien), TPS (USA), VODAFONE Group Plc (Vereinigtes Königreich), YAANA Technologies LLC (USA)

ETSI TC LI-#33 in Joensuu, Finnland, vom 11. bis 13. Juni 2013:

Alcatel-Lucent (USA), AQSACOM S.A. (Frankreich), AREA Spa (Italien), ATIS SYSTEMS GmbH (Deutschland), Attorney-General's Department - Australian Government (Australien), Bayerisches Landeskriminalamt (Deutschland), Bundesamt für Verfassungsschutz (Deutschland), Bundesnetzagentur (Deutschland), BT Group Plc (Vereinigtes Königreich), European Telecommunications Standards Institute, Finnish Communications Regulatory Authority (Finnland), Group 2000 Nederland B.V. (Niederlande), HOME OFFICE (Vereinigtes Königreich), IAESI (Israel), IPS Intelligence & Public Security S.p.A. (Italien), Koninklijke KPN N.V. (Niederlande), Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Deutschland), Ministere de L'Interieur (Frankreich), Ministère du redressement productif (Frankreich), Ministry of Economic Affairs, Agriculture and Innovation (Niederlande), Ministry of Maritime Affairs, Transport & Infrastructure (Kroatien), National Technical Assistance Centre (Vereinigtes Königreich), Nokia Siemens Networks (Deutschland), OFCOM (CH) (Schweiz), P3 communications GmbH (Deutschland), PIDS (Niederlande), Pine Lawful Interception (Niederlande), Research in Motion UK Limited (Vereinigtes Königreich), Secrétariat Général de la Défense et de la Sécurité Nationale (SGDSN) (Frankreich), Siemens AG (Deutschland), Softel Systems Pty Ltd (Australien), SPIKE Consulting, SWISSCOM SA (Schweiz), Telefon AB LM Ericsson (Schweden), Telefonica S.A. (Spanien), Telenor ASA (Norwegen), TPS (USA), UTIMACO SAFEWARE AG (Deutschland), VODAFONE Group Plc (Vereinigtes Königreich), YAANA Technologies LLC (USA), ZNIIS - Central Science Research Telecommunication Institute (Russland)

Zu allen Sitzungen ist anzumerken, dass zwar in der Regel die angemeldeten Teilnehmer auch zu den Arbeitsgruppensitzungen anreisen. Es kann jedoch vorkommen, dass zusätzlich Teilnehmer dort erscheinen, die sich nicht vorab registriert haben bzw. dass registrierte Teilnehmer fernbleiben, ohne ihre Registrierung aufzuheben. Diesbezüglich liegen der Bundesregierung jedoch keine weiteren Informationen vor.

- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*

Zu 28 g:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21.02.2013 (Bundestagsdrucksache 17/12427) zu Frage 18g der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu „Grenzüberschreitende Kooperationen und Projekte europäischer Polizeien im zweiten Halbjahr 2012“ verwiesen.

- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*

Zu 28 h:

Im angefragten Zeitraum haben Vertreter deutscher Bundesbehörden keine Diskussionspapiere eingebracht. Ein Papier des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen bezüglich der Angleichung unterschiedlich bezeichneter aber inhaltlich gleicher Parameter in verschiedenen ETSI-Standards wurde im Rahmen des Treffens der Gruppe TC LI in Joensuu (Finnland) diskutiert.

- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*

Zu 28 i:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. Februar 2013 (Bundestagsdrucksache 17/12427) zu Frage 18i der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu „Grenzüberschreitende Kooperationen und Projekte europäischer Polizeien im zweiten Halbjahr 2012“ verwiesen.

- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 28 j:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. Februar 2013 (Bundestagsdrucksache 17/12427) zu Frage 18j der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu „Grenzüberschreitende Kooperationen und Projekte europäischer Polizeien im zweiten Halbjahr 2012“ verwiesen.

29. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des ‚European Expert Network on Terrorism Issues‘ haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 29 a bis j:

Nach Kenntnis der Bundesregierung fanden im ersten Halbjahr 2013 keine Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte des „European Expert Network on Terrorism Issues“ (EENeT) im Sinne der Fragestellung statt.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass am 7. März 2013 das EENeT-Steuerungskomitee unter Beteiligung je eines Vertreters aus den Niederlanden, aus Belgien, von RAND Europe sowie des BKA und der Bundeszentrale für politische Bildung zur organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung der im September 2013 in Cambridge/ Großbritannien geplanten EENeT-Jahreskonferenz zusammenkam.

30. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des ‚Global Counterterrorism Forum‘ (GCTF) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

Zu 30:

Das GCTF organisiert sich im Koordinierungsausschuss als strategischem Leitungsorgan und fünf Arbeitsgruppen. Im ersten Halbjahr 2013 hat der Koordinierungsausschuss nicht getagt.

Im Rahmen der Arbeitsgruppen haben im ersten Halbjahr 2013 unterschiedliche Veranstaltungen – Plenartreffen, Workshops, Seminare oder Konferenzen – stattgefunden. Eine Übersicht über die Arbeitsgruppen und ihre Veranstaltungen inkl. Angaben zu Zeit und Ort sowie zusammenfassende Berichte und Grundlagendokumente findet sich im Internet unter <http://www.thegctf.org/web/guest/working-groups>. Plenartreffen werden in der Regel vom Vorsitz der jeweiligen Arbeitsgruppe, sonstige Veranstaltungen in der Regel von den einladenden Staaten organisiert, jeweils in Zusammenarbeit mit der sog. „Administrative Unit“ des GCTF. Der Arbeitsgruppenvorsitz bzw. die einladenden Staaten legen in der Regel auch die Tagesordnungen fest. Deutschland hat keinen Arbeitsgruppenvorsitz inne und ist bisher nicht einladender Staat gewesen.

Bei den Treffen des Koordinierungsausschusses des GCTF ist die Bundesregierung in der Regel durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern vertreten, die sich im Vorfeld eng mit den inhaltlich betroffenen Ressorts abstimmen. Die Ressorts entsenden je nach inhaltlichem Schwerpunkt Vertreter zu Treffen und Veranstaltungen der einzelnen Arbeitsgruppen.

Telefonkonferenzen sind im Rahmen des GCTF keine gängige Arbeitsmethode, die Bundesregierung hat im ersten Halbjahr 2013 an keiner Telefonkonferenz teilgenommen.

- a) *Wo wurden diese abgehalten?*
- b) *Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) *Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*

Zu 30 a bis d:

Es wird auf die Eingangsbemerkung zu Frage 30 verwiesen.

- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*

Zu 30 e:

Die Tagesordnung für die Treffen des Koordinierungsausschusses wird unter den Mitgliedern des GCTF abgestimmt. Eine Agenda für das nächste Treffen des Koordinierungsausschusses, das voraussichtlich im September 2013 stattfinden wird, liegt noch nicht vor. Im Übrigen wird auf die Eingangsbemerkung zu Frage 30 verwiesen.

- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*

Zu 30 f und g:

Es wird auf die Eingangsbemerkung zu Frage 30 verwiesen.

- h) *Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*

Zu 30 h:

Das GCTF dient als Forum für den Austausch von Erfahrungen, Expertise, Strategien und Kapazitätenaufbau im Bereich der Terrorismusbekämpfung, unter Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, und bietet eine Plattform, nationale Projekte in diesem Bereich abzustimmen. Die Vertreter deutscher Behörden lassen sich bei den Treffen oder sonstigen Zusammenkünften des GCTF auf dieser Linie ein.

- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*

Zu 30 i:

Die Mitglieder des GCTF fassen keine bindenden Beschlüsse, sondern geben unverbindliche Empfehlungen ab bzw. entwickeln unverbindliche „good practices“, deren Umsetzung auf freiwilliger Basis erfolgt. Im Übrigen wird auf die Eingangsbemerkung zu Frage 30 verwiesen.

- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 30 j:

Auf die Antwort zur Teilfrage h) wird verwiesen.

31. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des ‚Security Cooperation Group‘ (SCG) des US-Departement of Homeland Security und Behörden des Bundesinnenministeriums haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden (bitte auch für die Arbeitsgruppen ‚Staatsbürgerschaft, Kommunikation und Integration‘, ‚Grenzüberschreitende Kriminalität und Geldwäsche‘,

‚CBRN-Gefahren und Kooperation‘, ‚Radikalisierung und terroristische Aktivitäten‘, ‚Krisenmanagement‘, ‚Cybersicherheit‘, ‚Luftsicherheit‘ sowie neu eingerichtete Arbeitsgruppen beantworten)?

- a) Wo wurden diese abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 31 a bis j:

Eine Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus Gründen der Vertraulichkeit nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „VERSCHLUSSSACHE - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft werden und kann der übermittelten Anlage 11 / Antwort zu Frage 31 entnommen werden.

Die Bundesregierung folgt hierbei der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der bei der Erfüllung der Auskunftspflichtung der Bundesregierung gegenüber dem Parlament unter Geheimhaltungsaspekten wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen mit einbezogen werden können (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]; für die Auskunft im Rahmen eines Untersuchungsausschusses: vgl. BVerfGE 124, 78 [123 f.]). Hierzu zählt auch die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]). Die Einstufung als Verschlussache ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf die notwendige Wahrung der Integrität der internationalen Zusammenarbeit notwendig. Eine Veröffentlichung steht der vertrauensvollen Zusammenarbeit entgegen und kann diese

nachhaltig negativ beeinflussen. Die Beantwortung in der gewählten Form ist dennoch geeignet, das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zu befriedigen.

32. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte haben zwischen dem in Stuttgart errichteten ‚Joint Interagency Counter Trafficking Centre‘ (JICTC) der USA mit Behörden des Bundesinnenministeriums haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 32 a bis j:

Nach Kenntnis der Bundesregierung fanden im ersten Halbjahr 2013 keine Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte zwischen dem in Stuttgart errichteten „Joint Interagency Counter Trafficking Center (JICTC) der USA mit Behörden des Bundesministeriums des Innern statt. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine weiteren Informationen vor.

33. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der ‚EU-US Working Group on Cybersecurity and Cybercrime‘ haben nach Kenntnis der Bundesregierung im 1. Halbjahr 2013 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet und war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen?
- g) Welche Beiträge haben Vertreter/innen deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?
- h) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeigten die Zusammenkünfte?
- i) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen ‚Gedankenaustausch‘ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 33 a bis i:

Zu dieser Arbeitsgruppe wird die Bundesregierung lediglich anlassbezogen informiert. Für das erste Halbjahr 2013 liegen keine solchen Informationen vor.

Frage 34:

Wie hat sich die Zahl der in Deutschland arbeitenden DHS-Angestellten in den letzten zwei Jahren verändert?

- a) Wie viele der in der EU und ihren Mitgliedstaaten für das DHS arbeitenden Angestellten sind derzeit in Deutschland angesiedelt (Bundestagsdrucksache 17/6654)?

Zu 34 a:

Mit Stand 4. Juli 2013 sind 61 Bedienstete von Behörden des DHS an der Botschaft und den Generalkonsulaten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik gemeldet (Diplomatenliste). Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser Angabe um eine Momentaufnahme handelt und die Daten täglicher Änderung unterliegen können.

Insgesamt sind zwölf Verbindungsbeamte des Department of Homeland Security (DHS) beim Bundeskriminalamt akkreditiert.

- b) *Wie viele der in Deutschland für das DHS arbeitenden Angestellten entfallen auf die Customs and Border Protection (CBP), das Immigration and Customs Enforcement (ICE), die Transportation Security Administration (TSA), den Secret Service (USSS), die Coast Guard (USCG), den Citizenship and Immigration Service (USCIS), das Office of Policy, die Federal Emergency Management Agency (FEMA), das Federal Law Enforcement Training Centre (FLETC) und das National Protection and Programs Directorate (NPPD)?*

Zu 34 b:

Die gegenwärtig für die Diplomatenliste in der Bundesrepublik angemeldeten Mitarbeiter des DHS und seiner Untergliederungen schlüsseln sich wie folgt auf:

Department of Homeland Security	DHS	20
Customs and Border Protection	CBP	5
Federal Emergency Management Agency	FEMA	
Federal Law Enforcement Training Center	FLETC	
Immigration and Customs Enforcement	ICE	7
National Protection and Programs Directorate	NPPD	
Office of Policy	PLCY	
Transportation Security Administration	TSA	22
United States Secret Service	USSS	4
United States Coast Guard	USCG	
United States Citizenship and Immigration Service	USCIS	3
	Gesamt	61

Es wird darauf hingewiesen, dass auf Grundlage der Wiener Übereinkommen über Diplomatische und Konsularische Beziehungen (WÜD, WÜK) lediglich die Verpflichtung besteht, dem Gastland das Personal zu notifizieren. Die Benennung der Herkunftsbehörden erfolgt freiwillig. Korrektheit und Vollständigkeit der Angaben können daher nicht überprüft werden.

Von den unter a) aufgeführten Verbindungsbeamten gehören acht dem Immigration and Customs Enforcement (ICE) und 4 dem US Secret Service (USSS) an. Alle sind beim amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt ansässig.

- c) *Inwieweit haben die oben genannten US-Behörden Abkommen mit Einrichtungen der Europäischen Union geschlossen, wie werden diese mittlerweile umgesetzt und inwiefern wurde hierzu gegenseitig Personal der EU-Einrichtungen bzw. der US-Behörden entsandt?*

Zu 34 c:

Hierzu wird auf die Bundestagsdrucksache 17/11540, Antworten zu den Fragen 28 und 29, verwiesen. Inwieweit die Europäische Kommission oder ihre Agenturen Personal mit US-Behörden ausgetauscht haben, ist hier nicht bekannt.

- d) *Worin besteht der ‚gezielte Informationsaustausch‘ zwischen Europol und dem United States Secret Service (USSS) sowie dem ICE (Bundestagsdrucksache 17/12427)?*

Zu 34 d:

Der „gezielte Informationsaustausch“ findet gemäß den jeweiligen Vorgaben der zu Grunde liegenden völkerrechtlichen Abkommen statt. Die Texte der Abkommen sind auf der Internetseite <https://www.europol.europa.eu/> veröffentlicht.

- e) *Welche gemeinsamen Forschungsprojekte von EU und USA wurden in den letzten zwei Jahren im Sicherheitsbereich begonnen?*

Zu 34 e:

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

35. *Welche neuen Abkommen im Bereich Justiz und Inneres bzw. sonstigen bilateralen Abkommen wurden bzw. werden in den letzten zwei Jahren im Namen der Regierung der USA vom DHS mit der deutschen Bundesregierung verhandelt oder unterzeichnet, und wie ist der Stand ihrer Umsetzung?*

Zu 35:

Es wurde im fraglichen Zeitraum keine entsprechenden Abkommen verhandelt oder unterzeichnet.

36. Inwiefern und mit welchen Zusammenarbeitsformen wird das Arbeitsabkommen bzw. der „Cooperation Plan“ zwischen dem DHS und der Grenzschutzagentur FRONTEX nach Kenntnis der Bundesregierung mittlerweile umgesetzt, bzw. was haben entsprechende „Sondierungsgespräche“ ergeben (Bundestagsdrucksache 17/12427)?

Zu 36:

Eine Zusammenarbeit im Sinne des Arbeitsabkommens zwischen der EU-Agentur Frontex und dem „Department of Homeland Security“ der Vereinigten Staaten von Amerika soll in folgenden Bereichen etabliert werden: Forschung und Entwicklung (z. B. durch gegenseitige Einladung zu Konferenzen und Workshops), Risikoanalyse bezogen auf Ströme illegaler Migration und Erfahrungsaustausch zur maritimen Grenzüberwachung.

37. Welchen konkreten Stand kann die Bundesregierung zu ihren Bemühungen mitteilen, eine politische Datensammlung zu ‚reisenden Gewalttätern‘ (violent travelling offenders) auf EU-Ebene anzusiedeln (Bundestagsdrucksache 17/12427)?

- a) Welche Ergebnisse zeigte die Machbarkeitsstudie der Europäischen Kommission bzw., sofern diese noch nicht vorliegt, wann wird mit der Fertigstellung gerechnet?

Zu 37 a:

Die Machbarkeitsstudie der Europäischen Kommission wird derzeit ausgewertet. Es können daher noch keine Ergebnisse vorgelegt werden.

- b) Inwiefern war das Thema im 1. Halbjahr 2013 Gegenstand von Ratsarbeitsgruppen, und welche Haltung vertrat die Bundesregierung dabei?

Zu 37 b:

Das Thema wurde in der Ratsarbeitsgruppe Strafverfolgung (Law Enforcement - LEWP) am 22. Mai 2013 beraten.

- c) Welche Ergebnisse resultierten aus den Beratungen?

Zu 37 c:

Die Europäische Kommission stellte die Ergebnisse der von ihr beauftragten Studie mündlich vor. Die anschließende Erörterung verlief ohne konkrete Beschlussfassung. Die Europäische Kommission kündigte an, die Ergebnisse der Studie weiter zu analysieren und weitere Schritte vorzuschlagen.

- d) *Welchen Stand hat die anvisierte Machbarkeitsstudie der Europäischen Kommission zur Frage, ob die Datensammlung zu ,violent travelling offenders' im geplanten EU-Strafregister ,European Police Records Index System' (EPRIS) aufgehen könnte?*

Zu 37 d:

Auf den Antwortbeitrag auf Frage 20d der Kleinen Anfrage mit Bundestagsdrucksache 17/12141 wird verwiesen.